

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, verehrte Ehrengäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

**„Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit“.**  
Dieses Zitat des großen Sozialdemokraten Kurt Schumacher ist aktueller denn je.

Dieses Betrachten ist Teil des Wahrnehmungsprozesses, dessen Ergebnis u.a. von Sehkraft, Beurteilungsvermögen und Prägung des Betrachtenden abhängig ist.

Und weil Politik immer darauf gerichtet ist, die Zukunft zu gestalten, spielen auch noch unterschiedliche politische Utopien eine Rolle.

So können wir alle das Gleiche anschauen, aber total unterschiedliche Dinge sehen.

Und manchmal wird daraus auch, frei nach Pippi Langstrumpf:  
Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt.

Der 24. Februar 2022 und der russische Überfall auf die Ukraine hat unseren Blick auf die Realität schlagartig verändert.

Vieles ist in Frage gestellt, was bis dahin in über 7 friedlichen Jahrzehnten in Europa als selbstverständlich angenommen worden ist.

Unser Land hat sich in dieser Zeit zu einer wirtschaftlichen Großmacht entwickelt und von einer grenzenlosen Globalisierung profitiert.

Das Idealbild vom „Wandel durch Handel“ hat uns auch in Märkte geführt, die ansonsten nur begrenzt mit unseren demokratischen Prinzipien übereinstimmen.

In dieser kleiner gewordenen Welt, haben wir die **Friedensdividende in immer höhere Standards und einen behäbigen Wohlstand investiert und wichtige Problembereiche erfolgreich outgesourct:**

- Militärische Sicherheit in die USA,
- Energie nach Russland,
- die Produktion nach China und
- die Müllbeseitigung nach Afrika.

Themen, die uns nun drohen, auf die Füße zu fallen.

Der Bundeskanzler hat es eine Zeitenwende genannt, in der wir stehen.

Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Geschwindigkeit die Bundesregierung nun Denkblockaden überwindet, um den Kurs zu korrigieren: 100 Milliarden für die Verteidigung, schwere Waffen für die Ukraine, Gaslieferungen aus Katar oder der Abschluss des CETA-Abkommens mit Kanada.

Unsere Fähigkeit, die Wirklichkeit mit Pragmatismus und Kompromissfähigkeit zu gestalten, ohne darüber langfristige Ziele, z.B. zum Schutz des Klimas aus dem Blick zu verlieren, ist mehr denn je gefragt. Ideologie und Scheuklappen helfen nicht weiter.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

3

Die Zeitenwende ist vor Ort in den Kommunen deutlich erfahrbar.

**Die Geflüchteten aus der Ukraine** kommen in den Kommunen weiterhin an und erfahren eine große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung.

Ohne die private Aufnahmebereitschaft im Wohnungsbestand würden bereits heute große Probleme bei der Unterbringung dieser Menschen in den Kommunen bestehen.

**Denn der Umstand, dass wir auch weiterhin Geflüchtete aus vielen anderen Teilen der Welt beherbergen, ist ein wenig aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden.**

Dass die Geflüchteten nun unterschiedlichen Rechtskreisen zugeordnet wurden, erleichtert den Umgang nicht und befördert soziale Spannungen zwischen den Gruppen.

Auch der **Druck auf den Wohnungsmarkt** wird sich weiter erhöhen.

Das betrifft **insbesondere die Teile der Bevölkerung, die nicht über hohe Einkommen verfügen und deshalb auf preisgünstigen Wohnungsbau angewiesen sind.**

Gestörte Lieferketten, die aktuell unkalkulierbaren Preisentwicklung bei öffentlichen Ausschreibungen und die Veränderungen des Kreditmarkts machen jedoch öffentliche Bauvorhaben schwieriger denn je und auch kommunale Wohnungsbauträger können sich nicht völlig von Renditeerwartungen abkoppeln.

## **Auch bei der Schul- und Kindergartenversorgung wird es enger.**

Ich trage hier Eulen nach Athen, Sie müssen ja selbst gerade um freiwillige Mehrarbeit der Lehrer werben.

Es kann trotzdem nicht oft genug gesagt werden, dass **insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung** - auch ohne die Geflüchteten - gesetzlicher Anspruch und Wirklichkeit zum Teil deutlich auseinanderklaffen.

## **Der Fachkräftemangel auf diesem Gebiet ist so eklatant, wie die Überregulierung dieses Bereichs.**

Für die betroffenen Eltern sind aber die Kommunen die „Prellböcke“ für ihre Enttäuschung, wenn ihre Kinder nicht wie geplant in die Einrichtungen aufgenommen werden können.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir schätzen, dass Sie sich in den Verhandlungen mit dem Bund über den **Ausbau der Schulkindbetreuung ab 2026** so stark dafür gemacht haben, dass auch das hierfür notwendige Geld zur Verfügung gestellt wird.

**Aber so wenig, wie Geld selbst Tore schießt, so wenig kann es fehlende Erzieherinnen und Erzieher ersetzen.**

Vorschläge der Kommunalen Spitzenverbänden für den Umgang mit diesen aktuellen Personalengpass liegen auf dem Tisch.

**Dabei geht es ausdrücklich nicht um die Absenkung der Qualität, sondern um die Überbrückung bestehender Engpässe**, bis wieder ausreichend Fachpersonal zur Verfügung steht.

**Denn keine Betreuung ist das schlechteste Angebot für Kinder und Eltern.**

Wir brauchen die rasche Unterstützung des Landes, um diese Vorschläge zu realisieren.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir haben auch aktuellen Anlass, uns **Sorgen um die Energieversorgung der Bevölkerung** zu machen.

Die Bundesregierung hat die Alarmstufe des Notfallplans Gas ausgerufen und in wenigen Tagen geht die Gas-Pipeline North-Stream I geplant in die Wartung.

Wir sind gut beraten, uns ernsthaft mit der Frage auseinanderzusetzen, was passiert, wenn sie danach nicht mehr in Betrieb geht und die Lieferketten bis hinunter zu unseren Stadtwerken nicht mehr stabil sind.

### **Die nächste Heizperiode beginnt bereits in 12 Wochen.**

Viele Kommunen beraten bereits darüber, wie sie beim Betrieb ihrer Einrichtungen **Gas einsparen** können, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Hier wäre eine konzertierte Aktion mit dem Land und seinen Einrichtungen hilfreich, um auch die Bevölkerung zu sensibilisieren und Einsparungen zu summieren.

Da eine mögliche Gas-Mangellage eine flächendeckende Betroffenheit auslösen würde, **sollten wir auch mit den Katastrophenschutzbehörden Szenarien entwickeln**, wie die Versorgung der Bevölkerung aufrechterhalten werden kann.

7

Wie notwendig es ist, **sich frühzeitig mit derartigen Szenarien auseinanderzusetzen, belegen die Erfahrungen mit der Corona-Pandemie, die wir in den letzten beiden Jahren sammeln mussten** - und ich füge hinzu, möglicherweise auch in Zukunft noch sammeln müssen.

Das Team Vorsicht ist in den Wochen nach der Bundestagswahl in weiten Teilen zum Team Biergarten mutiert, aber ich weiß, dass Sie, Herr Ministerpräsident, noch nicht an diesem Verwandlungsprozess teilgenommen haben.

Die aktuelle Änderung der Corona-Verordnung für die Selbstbeteiligung bei Corona-Testungen – **vorgestern beschlossen, seit gestern in Kraft** – lässt beim Bund noch nicht auf eine steile Lernkurve schließen.

Natürlich ist die Mutation eines Virus deutlich schwieriger zu prognostizieren als die Auswirkungen einer Gas-Mangellage.

**Aber weil beide bei kaltem Wetter die größte Wirkung entfalten, sollten wir hier möglichst rasch Klarheit über mögliche Maßnahmen herstellen.**

Denn wenn der Fall eintreten sollte, werden die Betroffenen ihre Probleme wieder in den Rathäusern vortragen und wir müssen dieses Mal besser vorbereitet sein.

8

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

zur Betrachtung der Wirklichkeit gehört auch, dass die **Auswirkungen des Klimawandels in unseren Kommunen** immer spürbarer werden: anhaltende Dürreperioden und

Waldbrandgefahr, Starkregen und Extremgewitter oder fallende Grundwasserspiegel unserer örtlichen Wasservorkommen sind Schlaglichter dieser Entwicklung.

Bei allem Problembewusstsein in den Kommunen gilt jedoch: Wenn wir die vorgegebenen ehrgeizigen Klimaziele erreichen wollen, **stehen wir vor massiven Investitionen, die die Kommunen aus eigener Kraft nicht schultern können.** Wir hoffen auf eine Einigung in den Verhandlungen mit dem Land.

Bundesweit sind **nur 4% des Gebäudebestands jünger als 12 Jahre.** Alleine die energetische Sanierung der älteren Gebäude erfordert nach Schätzungen bundesweit Investitionen von 900 Milliarden €.

Und auch die **kommunale Wärmeplanung** fordert uns in den Kommunen: Zum einen fachlich, weil es ein neues Aufgabengebiet ist und zum anderen finanziell in der Umsetzung, da die Projekte sehr investitionsträchtig sind.

Der **Mangel an Fachkräften** ist schon heute ein Umsetzungshindernis: Uns fehlen weder Einsicht noch Entschlossenheit, uns fehlen die notwendigen Hände und Köpfe am CAD und in den Baugruben. Wir konkurrieren mit der Wirtschaft um die besten Köpfe und tun uns schwer.

Dabei birgt die aktuelle Situation auch Chancen: **Die Einsicht, dass wir uns aus der hohen Abhängigkeit von fossilen Energiequellen lösen müssen, ist in der Bevölkerung deutlich gewachsen.**

Natürlich verändern Freiflächen-Photovoltaikanlagen oder Windräder den gewohnten Anblick der Landschaft. **Diesen Effekt haben aber auch die Eisblumen an den Fenstern nicht geheizter Wohnzimmer.** Vielleicht gibt das den schwierigen Diskussionen über solche Projekte doch eine neue Richtung.

Und natürlich brauchen wir auch eine Verkehrswende.

Das 9-Euro-Ticket, das uns der Bund beschert hat, findet enorme Resonanz – 16 Mio verkaufte Karten sind der Beleg dafür.

Es ist billig, einfach (statt Tarifdschungel) und allgemeingültig (statt Verbundbegrenzung).

Also einfach so, wie moderner ÖPNV sein sollte.

Das wird den Nutzern ab Oktober so richtig deutlich werden, wenn sie aus dem Paradies wieder vertrieben und mit Tarifierpassungen nach oben konfrontiert werden.

Die Befürworter des 365-Euro-Tickets dürfen sich bestätigt und ermutigt fühlen und vielleicht bekommen wir ja auch bald den Einstieg in das Ticket für Schüler und Studenten hin.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die beschriebene Zeitwende findet eben auch und gerade in den Kommunen statt.

**Hier erwarten die Menschen Lösungen für die Probleme und sie unterscheiden nicht, ob dafür Bund, Land oder die Kommune zuständig ist – sie suchen und sie erwarten Rat im Rathaus!**

Wenn wir die anstehenden Probleme erfolgreich meistern wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass **die bestgeeigneten Persönlichkeiten für das Bürgermeisteramt gefunden werden.**

Dazu gehören natürlich **gute Arbeitsbedingungen und qualifizierte Bewerber.**

Es ist augenfällig, dass **Frauen in unseren Reihen noch deutlich unterrepräsentiert sind.**

Nachdem 70% der Abschlussjahrgänge unsere Hochschulen für Verwaltung weiblich sind, muss es ein wichtiges Ziel sein, bestehende Zugangsschwellen zu senken.

Im Austausch mit der Hochschule für Verwaltung in Ludwigsburg haben wir als erste Maßnahmen über **Netzwerke für Interessentinnen und Patenschaftsmodelle mit amtierenden Kolleginnen, die als Rollenvorbilder wirken können**, gesprochen.

Offen ist dagegen noch die Frage, wer sich für die Rekrutierung von Kandidaten für das Amt der Bürgermeister angesprochen fühlen möchte.

Eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für eine Kandidatur **spielt auch die immer anspruchsvollere Rolle der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als Manager örtlicher Problemlagen**.

Die Anforderungen entwickeln sich dynamisch und **Teile der Bevölkerung lassen uns an ihrem Frust über wahrgenommene Defizite in einer Weise teilhaben**, die eine besorgniserregende Intensität entwickelt.

Bedrohliche **Aufzüge sogenannter „Spaziergänger“ vor dem Privathaus eines Bürgermeisters** - und Herr Ministerpräsident,

wir wissen, dass auch Sie von diesen Übergriffen betroffen waren - sind nur ein drastisches Beispiel dafür.

Wir begrüßen deshalb die Arbeit des eingesetzten **Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“** und die beim Landeskriminalamt eingerichtete **Anlaufstelle für kommunale Mandatsträger**.

Wir regen jedoch an, auch die **Belastung der Familien Betroffener in den Blick zu nehmen** und Anlaufstellen einzurichten, wo rasch und niederschwellig **psychologische Unterstützungsangebote gemacht werden**.

Hass und Hetze gegenüber gewählten Mandatsträgern bedrohen die demokratische Basis, indem Betroffene resignieren und ihre Ämter zur Verfügung stellen und mögliche Anwärter abgeschreckt werden.

Ohne gewählte Repräsentanten ist unser repräsentatives System jedoch in Frage gestellt.

13

Wir regen deshalb auch an, **Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Hass und Hetze gegen Mandatsträger einzurichten**, um mit noch mehr Nachdruck gegen solche Fehlentwicklungen unserer Gesellschaft vorzugehen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir haben mit Interesse die im Koalitionsvertrag angekündigten Änderungen des Kommunal- und Bürgermeisterwahlrechts verfolgt.

Das Wahlrecht ist ja so etwas wie das Betriebssystem einer Demokratie und verdient besondere Beachtung.

**Wir sind beeindruckt vom politischen Ehrgeiz, als erstes Bundesland bei Kommunalwahlen das passive Wahlrecht auf 16 Jahre abzusenken.**

Unabhängig von inhaltlichen Aspekten, die noch erörtert werden können: Wir halten es mit **Blick auf die Rechtssicherheit der Kommunalwahl 2024 für notwendig**, die verfassungsrechtlichen Implikationen eines solchen Schrittes eingehend zu prüfen, denn es muss mit Klagen gerechnet werden.

Die vereinbarte **Absenkung des Mindestalters für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf 18 Jahren und die Aufhebung der bisherigen Altersgrenze von 73 Jahren**, wird in der Realität nur eine kleine Gruppe betreffen.

Auch wenn es demografisch wenig realistisch erscheint, gehört ein aus 16-jährigen Gemeinderäten zusammengesetztes Hauptorgan der Landeshauptstadt, dem eine 18-jährige Oberbürgermeisterin vorsitzt, dann zu den neuen Möglichkeiten.

Wenn es durch die Regelung gelingt, den Altersdurchschnitt unserer Gremien wieder unter 60 Jahren zu senken, so wäre das ein Fortschritt.

Wir nehmen auch die gute Absicht der Koalitionäre wahr, die hinter der **Idee eines Rückkehrrechts für Bürgermeister** in eine vorherige Tätigkeit beim Land oder bei einer Kommune steht.

Ein naheliegender Schritt, nachdem es diese Möglichkeit für Landräte bereits gibt, die vorher im Landesdienst waren.

**Grundsätzlich könnte damit eine der Härten der Entscheidung für ein Wahlamt auf Zeit abgemildert werden und möglicherweise ein größerer Personenkreis adressiert werden.**

Aber was für den Personalkörper des Landes leistbar ist, **wirft für den kommunalen Bereich erhebliche Probleme auf.**

Hier sollen ja noch Möglichkeiten mit den Kommunalen Spitzenverbänden geprüft werden. Unabhängig vom Ergebnis dieser Prüfungen würden wir es **jedoch kritisch sehen, wenn es künftig Bewerber zweierlei Rechts geben würde.**

Schon frühzeitig haben wir unsere **massiven Bedenken gegen die Einführung einer Nein-Stimme bei Bürgermeisterwahlen mit nur einer Bewerbung** geäußert und freuen uns über Signale aus beiden Regierungsfractionen, dass man diese Idee nicht mehr weiterverfolgt.

Alleinkandidaturen sind das Ergebnis eines transparenten demokratischen Prozesses: Nach einer öffentlichen Stellenausschreibung kann sich jedermann bewerben oder geeignete Personen zu einer Kandidatur bewegen.

Wenn dieser Weg nicht erfolgreich ist, so kann nach unserem Wahlrecht selbst am Tag der Wahl noch eine andere Person auf dem Wahlzettel benannt werden.

Es bleibt danach offen, welchem Zweck die Änderung zu einer Abstimmung dienen soll, die üblicherweise ja über Sachfragen stattfindet. **Eine Wahl ist eine Wahl und soll es auch bleiben.**

Konkret verabredet scheint für die Bürgermeisterwahlen die **Abschaffung der bisherigen Neuwahl und die Einführung einer echten Stichwahl**, an der nur noch die beiden Erstplatzierten des ersten Wahlgangs teilnehmen dürfen.

Taktische Absprachen der Bewerber vor dem zweiten Wahlgang sollen damit ausgeschlossen werden, aber dieses Schicksal teilen dann auch die Wahlmöglichkeiten der Bürgerschaft.

Das wirkt ein bisschen wie der Autoverkäufer, der dem Kunden kein überzeugendes Produkt anbieten kann und deshalb das Schaufenster verkleinert.

Und natürlich geht bei nur noch zwei Bewerbern in einer Stichwahl immer einer mit einer absoluten Mehrheit nach Hause.

**Das ist aber Mathematik und kein Beleg für demokratischen Rückhalt.**

**Verloren gehen auch die Vorteile des bisherigen Rechts:** Uns wurden aus der Mitgliedschaft Fälle benannt, wo Bewerbungen erst zur Neuwahl abgegeben wurden und den betroffenen Kommunen zu hervorragenden Bürgermeistern verholfen haben.

Das sollte nochmals kritisch hinterfragt werden, ob diese Regelung bei gesamtheitlicher Würdigung tatsächlich eine Verbesserung bedeutet.

Gefreut hat uns auch, dass die **Einführung von Unterstützungsunterschriften bei Kandidaturen in kleineren Städten geprüft werden soll.**

Das ist eine Forderung, die wir nicht deshalb erheben, weil wir den Kreis der Bewerbungen für das Bürgermeisteramt reduzieren wollen.

Wir glauben, dass es Menschen, die sich für ein politisches Mandat in einer Gemeinde interessieren, zuzumuten ist, zumindest einmal dort präsent gewesen und mit der Bürgerschaft in Kontakt gewesen zu sein.

**Wem das zu viel ist, der strebt nämlich das falsche Amt an und sollte das frühzeitig merken.**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

gerne setzen wird uns mit den Ideen der Landesregierung auseinander und freuen uns über Vorhaben, die der Stärkung des Berufsstandes der Bürgermeister dient.

**Allerdings vermissen wir einige wichtige Forderungen unseres Verbands und wünschen uns, dass diese noch in das geplante Gesetzespaket aufgenommen werden.**

Es freut mich, dass wir uns dabei im **Schulterschluss mit allen kommunalen Spitzenverbänden befinden.**

Unsere Forderungen betreffen insbesondere **die Situation der dienst erfahrenen Kolleginnen und Kollegen**, die vielfach durch ihre Vertretung in wichtigen nebenamtlichen Funktionen auch das Rückgrat der interkommunalen Zusammenarbeit in ihren Regionen bilden.

Ich spreche hier die **Zulage in der dritten Amtsperiode** an, über die wir dankbar sind.

**Sie sollte jedoch auch für das Ruhegehalt berücksichtigungsfähig werden.**

Wir sind der Meinung, dass die Kolleginnen und Kollegen, die sich in einer dritten und vierten Amtszeit zur Verfügung stellen, aus dieser Leistung auch einen bleibenden Vorteil erhalten sollten.

Dies umso mehr, **als damit auch für die Kommunen ein finanzieller Vorteil durch eingesparte Versorgungsleistungen verbunden ist.**

Zudem sollte die Zulage so weiterentwickelt werden, dass auf die **Anwartschaft auch Dienstzeiten im kommunalen Wahlamt bei einer anderen Kommune** angerechnet werden, indem **sie ab dem 17. Dienstjahr** gewährt wird.

Wir haben diese Zulage immer als Leistungsentgelt verstanden.

Dann dürfen aber Kolleginnen und Kollegen nicht davon ausgeschlossen werden, weil sie während einer Amtszeit in eine andere Kommune wechseln und diese Funktion mit der gewonnenen Erfahrung dort weiter ausüben.

Nicht ganz seit der Gründung unseres Bundeslandes vor 70 Jahren, aber **immerhin seit fast 50 Jahren, ist die Höhe der Ablieferungspflicht für Nebentätigkeiten unverändert** geblieben und wir meinen, dass hier unbedingt eine Anpassung erfolgen sollte.

Diese kann sich z.B. an der seitdem eingetretenen Besoldungsentwicklung orientieren.

**Wer Zusatzverantwortung für seine Kommune und die Region übernimmt, sollte auch adäquat honoriert werden.**

Wir sind auch der Auffassung, dass der **Zeitpunkt des Amtsantritts eines gewählten Bürgermeisters nicht erst nach der rechtskräftigen Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl** möglich sein sollte.

Wir haben im Kommunalwahlgesetz für die Wahlen der Gemeinderäte bereits eine Regelung, die sinngemäß übertragen werden könnte.

Wir versprechen uns davon, dass die Wahlanfechtung durch aussichtslos unterlegene Mitbewerber weniger attraktiv würde, weil sie den Amtsantritt des Gewählten nicht mehr verhindert.

21

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

unsere **Vorschläge sind darauf gerichtet, den Beruf des Bürgermeisters und der Bürgermeisterin in schwieriger Zeit attraktiv zu halten.**

**Wir müssen interessant sein für kompetente Bewerbungen und erfahrene und bewährte Kräfte ermutigen, im Amt zu bleiben.**

Wir verfolgen diese Ziele, weil die **Herausforderungen, vor denen unsere Kommunen und das Land gemeinsam stehen, nur bewältigt werden können, wenn wir auch zukünftig die Besten für dieses wichtige Amt gewinnen und behalten können.**

Die **starke Rolle des Baden-Württembergischen Bürgermeisters** als Vorsitzender des Gemeinderats, Repräsentant der Gemeinde und Chef der Verwaltung ist **ein Zukunftsmodell mit Tradition**, an dem wir festhalten wollen.

Wir freuen uns deshalb sehr, dass Sie persönlich zu uns gekommen sind und freuen uns auf Ihre Ansprache!